

Niederschrift

über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am Mittwoch, 26.11.2008, 16:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Erich Hillebrand
stellv. Ausschussvorsitzende:	Christine Lampe
Ausschussmitglieder:	Karlheinz Bäker (ab TOP 2.3 öffentlicher Teil) Iko Chmielewski Bernd Köhler Walter Langer (ab TOP 2.3 öffentlicher Teil) Georg Ralle Bernd Redeker (ab TOP 2.3 öffentlicher Teil)
stellv. Ausschussmitglieder:	Hannelore Schneider Herbert Zeidler
Ratsmitglieder:	Alfred Müller Peter Tischer (ab TOP 2.3 öffentlicher Teil)
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
von der Verwaltung:	Thorsten Fischer Jens Neumann Gerriet Ostendorf Rainer Rädicker

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Anträge an den Rat der Stadt
- 2.1 Zwölftes Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel
- 2.2 Mittelfristige Finanzplanung und Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2008 - 2012
- 2.3 Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2009
- 2.4 Neufassung der Satzung der Stadt Varel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer zum 01.01.2009
- 3 Stellungnahmen für den Bürgermeister
Kein Tagesordnungspunkt
- 4 Zur Kenntnisnahme

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wurde abgehalten.
Es gab keine Fragen.

2 Anträge an den Rat der Stadt

2.1 Zwölftes Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel

Der Verwaltungsentwurf des Zwölften Haushaltssicherungskonzeptes (s. Anlage) wurde den Ausschussmitgliedern vor der Sitzung übersandt.

Ausschussmitglied Chmielewski kritisiert einige Positionen des Haushaltssicherungskonzeptes, darunter die prognostizierten Einspareffekte im Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast ab 2010 in Höhe von jährlich 500.000 €, das Hinausschieben der Wiederbesetzung der Stelle des Allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters sowie die entfallene Sondertilgung eines Kredites im Vermögenshaushalt und der damit verpassten Zinsersparnis. Statt Letzteres hätte die Stadt Varel auf eine Beteiligung an der Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft verzichten und mit den ersparten Zinsen zukunftsfähige Projekte anstoßen sollen. Aus den vorgenannten Gründen lehne er das Haushaltssicherungskonzept ab.

Ratsherr Müller stellt hinsichtlich der Stelle des Allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters klar, dass bisher lediglich auf eine Wiederbesetzung verzichtet worden sei, von einem Streichen der Stelle könne nicht die Rede sein. Weiterhin sei die Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft angesichts der derzeitigen Finanzkrise und der damit verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen ein hervorragendes Instrument, um gefährdete Unternehmen zu unterstützen und Arbeitsplätze zu erhalten.

Beschluss:

Das Zwölfte Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel wird in der dieser Niederschrift anliegenden Fassung beschlossen.

**Ja: 6 Nein: 1
damit mehrheitlicher Beschluss**

2.2 Mittelfristige Finanzplanung und Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2008 - 2012

Der Verwaltungsentwurf des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2008 – 2012 sowie der Finanzplan für den gleichen Planungszeitraum (jeweils anliegend) wurden den Ausschussmitgliedern vor der Sitzung übersandt.

Beschluss:

Das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2008 – 2012 wird in der dieser Niederschrift anliegenden Fassung festgesetzt.

Der ebenfalls anliegende Finanzplan für den gleichen Planungszeitraum wird zur Kenntnis genommen.

**Ja: 6 Nein: 1
damit mehrheitlicher Beschluss**

2.3 Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2009

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2009 (s. Anlage) sowie die ebenfalls dieser Niederschrift anliegenden Übersichten mit den vorgenommenen Veränderungen am Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes vom 28.10.2008 (behandelt in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 05.11.2008) einschl. der entsprechend geänderten Seiten des Haushaltsplanes wurden den Ausschussmitgliedern vor der Sitzung übersandt.

Die Verwaltung erläutert anhand der dieser Niederschrift ebenfalls anliegenden Übersichten „Eckdaten Haushaltsentwurf 2009“ und „Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmearten“ die wesentlichen Positionen des Haushaltsentwurfs 2009.

Danach schließt der Verwaltungshaushalt mit einem Volumen

auf der Einnahmeseite von	29.972.900 €
und	
auf der Ausgabeseite von	<u>46.678.900 €</u>
und damit mit einem kumulierten Sollfehlbedarf von	16.706.000 €

Das sich ergebende Defizit in Höhe von 16.706.000 € setzt sich zusammen aus kumulierten Sollfehlbeträgen bis einschließlich 2008 in Höhe von vorläufig	15.000.000 €
und einem strukturellen Sollfehlbedarf 2009 in Höhe von	1.706.000 €

Bei isolierter Betrachtung des strukturellen Sollfehlbedarfs 2009 und Herausrechnung der

- Verlustabdeckung für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast in Höhe von	1.183.400 €
- den Anteil der Stadt Varel an der Verlustabdeckung für die Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing Varel GmbH in Höhe von	210.000 €
- und der Verlustabdeckung für das Alten- und Pflegeheim Langendamm in Höhe von	99.200 €
verbleibt ein rechnerisches Defizit in Höhe von	213.400 €

Die Zinsaufwendungen für Kassenkredite sind mit	800.000 €
und für die langfristigen Kredite mit	370.000 €
eingepplant.	

Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt ist in Höhe der Pflichtzuführung mit	679.600 €
eingepplant.	

Der Schuldenstand zum 31.12.2008 wird bei knapp 10.200.000 € liegen, die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt damit 409 €. Der Landesdurchschnitt beträgt zum 31.12.2007 579 €.

Der Vermögenshaushalt schließt in Einnahme und Ausgabe mit einem Volumen von	3.853.600 €
--	-------------

Für die Finanzierung der Ausgaben ist eine Rücklagenentnahme in Höhe von	255.200 €
vorgesehen.	

Im Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung eingearbeitet ist die Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer A und Grundsteuer B von jeweils 340 auf 360 v. H. Mit dieser Erhöhung bewegt sich die Stadt Varel exakt im Durchschnitt der Städte und Gemeinden im Landkreis Friesland. Die Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer in Höhe von rund 186.000 € sind im Entwurf des Haushaltsplanes enthalten. Des Weiteren enthalten sind die Mehreinnahmen aus einer 10%-igen Mieterhöhung für die Wohnungen der Stadt Varel in Höhe von rund 40.000 €, wobei der entsprechende Beschluss des Rates der Stadt Varel noch aussteht.

Es wird darauf hingewiesen, dass die energetische Sanierung des Hallenbades aus dem Haushaltsentwurf gestrichen wurde. Die Wahrscheinlichkeit, die zur Realisierung dieser Maßnahme erforderlichen Zuweisungen des Landes in Höhe von rund 768.000 € zu erhalten, muss derzeit als gering eingestuft werden, da das entsprechende Förderprogramm des Landes Niedersachsen aktuell mehrfach überzeichnet ist. Eine Realisierung des Vorhabens in 2009 ist somit unwahrscheinlich. Sollten dennoch die entsprechenden Fördermittel bewilligt werden, wird die Maßnahme unverzüglich in einen entsprechenden Nachtragshaushaltsplan eingearbeitet.

Ausschussvorsitzender Hillebrand verweist auf die positive Entwicklung in den bisherigen Haushaltsberatungen. Im Vergleich zum ersten Verwaltungsentwurf konnte eine Verbesserung im Verwaltungshaushalt um rund 900.000 € erzielt werden. Eine weitere Verbesserung bzw. ein Haushaltsausgleich sei angesichts wegbrechender Gewerbesteuerereinnahmen und einer zu zahlenden Kreisumlage von fast 10 Mio. € derzeit praktisch unmöglich. Die Stadt dürfe sich auch nicht kaputt sparen, besonders im Bereich der Bauunterhaltung könne der Stadt Varel das Hinausschieben von Unterhaltungsmaßnahmen später teuer zu stehen kommen.

Der Bürgermeister bedauert, dass angesichts der guten finanziellen Situation des Landkreises Friesland für 2009 keine Senkung der Kreisumlage beschlossen wurde. In Gesprächen vorab wurde seitens des Landkreises eine andere Position mit den Bürgermeistern verabredet.

Ausschussmitglied Chmielewski verteidigt im Namen der MMW-Fraktion die Beibehaltung der Kreisumlage bei 54 Punkten, da die Stadt Varel als Mitglied der kommunalen Familie „Landkreis Friesland“ nicht unerheblich von den Ausgaben des

Landkreises profitiere. Außerdem habe der Landkreis eine Sonderausschüttung an die Städte und Gemeinden bei positiver Haushaltsentwicklung in Aussicht gestellt. Einiges an der Finanzmisere der Stadt Varel sei zudem hausgemacht, so dränge die MMW-Fraktion seit Jahren vergeblich auf die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages. Darüber hinaus werde in Dangast auf das falsche Pferd gesetzt. Es sei absehbar, dass die Verfolgung des Aqualon-Konzeptes nicht den gewünschten Erfolg erzielen werde. Weiterhin sollte dem Haushaltssicherungskonzept eine Liste aller Vorschläge der Fraktionen mit positiven Auswirkungen für den Haushalt beigelegt werden, um damit eine Übersicht der möglichen Verbesserungen zu bekommen.

Ratsherr Müller sieht in dem vorgelegten Entwurf einen realistischen Haushalt, der trotz aller Sparzwänge eine ausreichende Ausstattung wichtiger Bereiche wie die Grundschulen, die Feuerwehr, die Kindergärten oder die Ferienpassaktion gewährleistet. Der Haushalt macht deutlich, dass die Stadt Varel ihre soziale Verantwortung trotz aller Sparzwänge wahrnimmt. Die Einsparmöglichkeiten seien in den meisten Bereichen ausgeschöpft. Darüber hinaus seien Bund und Land in der Pflicht, die Kommunen spürbar zu entlasten. Diese hätten in der Vergangenheit zu häufig die Lasten der von Bund und Land beschlossenen Leistungsgesetze zu tragen gehabt, ohne dass eine adäquate Gegenfinanzierung erfolgt sei.

Ausschussmitglied Langer sieht in den nicht fließenden Einnahmen das größte Problem der Stadt Varel. Die fehlenden Einnahmen könnten nicht mit entsprechenden Ausgabenkürzungen kompensiert werden. Die damit verbundenen Einschnitte wären nicht hinnehmbar. Der Einsparwille sei im Haushalt erkennbar. Dennoch müsse sich in einigen Positionen Gedanken gemacht werden, so z. B. über die nächtliche Abschaltung der Straßenbeleuchtung. Auch in anderen Bereichen seien hohe Einsparpotenziale im Energieverbrauch vorhanden. Weiterhin müsse geschaut werden, wo weitere Einnahmen generiert werden können. Besonders die Diskussion um die Windenergie müsse in Varel weiter geführt werden, da damit auch Einnahmen verbunden seien. Sollte es nicht gelingen, die Einnahmen den Ausgaben anzugleichen, werde früher oder später ein „Sparkommissar“ der Stadt Varel jeglichen Gestaltungsspielraum nehmen.

Ausschussmitglied Bäker sieht für die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf, sie werde sich daher bei der Abstimmung enthalten. Die Stadt Varel quäle die ungewisse Zukunft, der vorgelegte Finanzplan weise für das Jahr 2012 ein kumuliertes Defizit von 23,1 Mio. € aus. Darin berücksichtigt sei bereits eine überaus positive Entwicklung für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast mit einem zusätzlichen Einsparvolumen ab 2010 in Höhe von 500.000 € jährlich. Sollte diese Entwicklung nicht so positiv eintreten, würde dies das Defizit der Stadt Varel weiter erhöhen. Angesichts dieser Zahlen sei es nur schwer vorstellbar, dass die Stadt Varel aus eigener Kraft aus diesem Loch herauskommt. Die Stadt Varel sei zur Überwindung dieses Defizits auf Hilfe von außen angewiesen, z. B. durch den Landkreis oder die Bewilligung von Bedarfszuweisungen. Letzteres entfällt jedoch derzeit wegen der zu hohen Steuerkraft der Stadt Varel. Wird dieser Logik gefolgt, müsse die Einnahmeseite der Stadt Varel stimmen und das Problem damit die Ausgabeseite darstellen. Hier müsse man sich die Strukturen der Stadt Varel ansehen und mit anderen Städten vergleichen.

Ratsherr Tischer sieht das Problem in der Belastung der kommenden Generationen. Trotz Einarbeitung der positiven Ansätze im Rahmen der Haushaltssicherung steige das kumulierte Defizit. Es könne nicht sein, dass die Haushaltskonsolidierung nur in den Wochen der Haushaltsberatungen ein Thema sei. Hier müssten über alle Parteien hinweg fortlaufend Lösungsansätze eingebracht werden. Jede

Ausgabe müsse kritisch überprüft werden. Besonders die Kreisumlage könne die Stadt Varel in dieser Höhe nicht länger tragen. Über die Erhöhung der Einnahmen sei nur bedingt eine Verbesserung der Haushaltssituation zu erreichen.

Im Ausschuss wird eine rege Diskussion zum Thema Bedarfszuweisungen und Steuerkraft als Kriterium für die Bewilligung von Bedarfszuweisungen geführt.

Die Verwaltung erläutert, dass das Problem hinsichtlich der Bewilligung von Bedarfszuweisungen schlicht die Vielzahl der „notleidenden“ Kommunen sei. Angesichts der begrenzten Mittel, die das Land im Rahmen des Finanzausgleichs für Bedarfszuweisungen bereit hält, wurden die Kriterien derart verschärft, dass die Stadt Varel 2008 keine Bedarfszuweisungen bekommen hätte.

Ausschussvorsitzender Hillebrand bittet die Verwaltung um Klärung der Kriterien zur Bewilligung von Bedarfszuweisungen und den Zusammenhang mit der Steuerkraft einer Kommune.

Ausschussmitglied Chmielewski beantragt, dass die Stadt Varel trotz der negativen Prognose einen Antrag auf Bewilligung von Bedarfszuweisungen stellen sollte.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2009 wird in der dieser Niederschrift anliegenden Fassung beschlossen.

**Ja: 6 Nein: 1 Enthaltungen: 3
damit mehrheitlicher Beschluss**

2.4 Neufassung der Satzung der Stadt Varel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer zum 01.01.2009

Aufgrund von Änderungen in der Gesetzgebung und der Rechtsprechung zur Zweitwohnungssteuer wird eine Neufassung der Zweitwohnungssteuersatzung der Stadt Varel zum 01.01.2009 erforderlich (s. Anlage). Die Änderungen betreffen insbesondere das Erhebungsverfahren, welches an die Veranlagungspraxis sämtlicher umliegender Fremdenverkehrsgemeinden angepasst wird.

Die Steuerschuld entsteht ab dem Veranlagungsjahr 2009 zu Beginn des Kalenderjahres. Diese Regelung ersetzt die bisherige Praxis der rückwirkenden Steuerveranlagung.

In den anliegenden Satzungsentwurf wurde eine Steuererhöhung um ca. 5 % ab dem 01.01.2010 aufgenommen.

Es ergeben sich im Einzelnen folgende Steuersatzerhöhungen:

Jährlicher Mietaufwand	Bisheriger jährl. Steuersatz	Neuer jährl. Steuersatz
bis zu 1.900,-- €	220,-- €	230,-- €
bis zu 2.850,-- €	330,-- €	345,-- €
bis zu 3.800,-- €	440,-- €	460,-- €
bis zu 4.750,-- €	550,-- €	575,-- €
bis zu 5.700,-- €	660,-- €	690,-- €
über 5.700,-- €	770,-- €	805,-- €

Von einer Erhöhung der Steuersätze bereits ab dem Jahr 2009 wird abgesehen, da die Steuerpflichtigen im Jahr 2009 aufgrund der Abkehr von der rückwirkenden Steuerveranlagung bereits im besonderen Maße belastet sind (es sind die Steuern für die Jahre 2008 und 2009 zu entrichten).

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Varel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer wird in der als Anlage vorliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

3 Stellungnahmen für den Bürgermeister

Kein Tagesordnungspunkt

4 Zur Kenntnisnahme

Zur Beglaubigung:

gez. Erich Hillebrand
(Vorsitzender)

gez. Jens Neumann
(Protokollführer)